

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tagesblatt Rieser,
Herausg. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Tresden 1580.
Verlag:
Rieser Nr. 52.

Nr. 247.

Mittwoch, 22. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Winterens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Zahlung oder sonstiger irgendwelcher Erwerbungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Diefierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Jahr der Katastrophen.

Das Grauen geht um in der Welt. Täglich fast schreiben die schwarzen Letztern der Zeitungsschlagzeilen ein neues Unglück heraus — die Listen der Toten dieses Jahres der Katastrophen werden endlos lang — über Hunderttausende ist schweres Leid hereingebrochen.

„101“, „D 1930“, das Erdbeben in Italien, die Sturmkatastrophe in der oberitalienischen Tiefebene, das Hochwasser in Südbantrien, die Bergwerkskatastrophe im Waldburgischen, und jetzt die Explosion auf „Anna 2“ bei Alsdorf — die Kreuze auf den Friedhöfen mehren sich in grauenerregender Schnelle und auf allen spricht die Anschrift von Leid und Grauen und Unglück: „Verbrannt — Abgestürzt — Erstickt — Verschüttet —“

Wir anderen, die das Entsetzliche dieser Leidensstätte nicht direkt trifft und die wir nur als Zuschauer dabei stehen, werden langsam abgestumpft. Zuerst als es nur 10 oder 12 Tote waren, da waren wir erschüttert, aufgerissen. Aber dann wuchsen die Zahlen, unheimlich schnell. Und je schneller sie wuchsen, umso stumpfer wurden wir. Die Telegraphen hämmern und die Telephone schreien, wir lesen: 50 Tote, 70 Tote, 200 Tote! Und bei jeder dieser Schreckensnachrichten werden wir stumpfer, denn auch das Unglück und die Not können einen Teil ihres Schreckens verlieren, wenn sie fast ununterbrochen auf uns einhämmern —

Und dann werden wir doch eines Tages aufwachen, wenn das Unglück die unerbittliche Faust nach uns selbst streckt und uns, nicht den anderen, an die Gurgel fährt. Und dann erst werden wir wissen, daß die vielen, vielen anderen, deren blühendes Leben dieses Jahr der Katastrophen zerbröckelt, unsere Brüder waren, unsere Schwwestern! Daß das Leid dieses Jahres unser Leid ist, unser aller Leid.

Es ist für uns, die wir nur als Zuschauer dabeistehen, fast unfaßbar, was dort auf „Anna 2“ bei Alsdorf geschah:

Im Nebel des frühen Herbstmorgens sind sie eingefahren. Alte und junge, ein ganzes Heer harter, gesunder Menschen. Es war wie immer, wie an jedem Tag ihres harten, arbeitsvollen Lebens. Die Glode des Förderfortschritts schallte, die Abbauschlämmer knatterten, auf den Schienen schlugen die Räder der Förderbahnen. Und dann, plötzlich, war alles ein Flammenmeer. Die Erde zittert, die Holzstützen in den Schächten knicken und brechen, die Ohren dröhnen von zahllosen Explosionen, es wird schwarz und dunkel in den vergasteten Gängen, und dann ist alles aus —

In den Frieden des lachenden Herbsttages gelbt das Schreien der Sirenen. Ein ganzes Heer steht in Flammen, trägt wäلت schwarzer Rauch sich über das Land, schreckensvoll für den Menschen aus den Häusern. Dann rasen die Wagen mit dem roten Kreuz auf weißer Platte über das holprige Pflaster, die Mannschaften tragen die Verletzten, vom Mund zu Mund fließt die Schreckenskunde: Explosion im Bergwerk! 200 Menschenleben vernichtet! Und 200 Menschen eingeschlossen vom brechenden Gestein.

Ueber das Leid dieses Morgens wächst tiefengroß der Geist edelster Kameradschaft. Wortlos greifen die erschütterten Männer zur Spighade, ziehen den Rauchhelm über das ernste Gesicht und fahren ein. Stunden und Stunden arbeiten sie: gegen den Rauch, gegen das Gas, gegen den Berg und gegen den Stein. Sie wissen, daß die Verletzten auf sie warten, daß sie nicht eine Sekunde zu verlieren haben, wenn jene gerettet werden sollen. Und sie heißen die Bahne übereinander und arbeiten, daß die harten Hände blutige Schwielen bekommen.

Vor den Toren der Werke steht immer noch die Masse, schweigend, grau und stumm. Führend nur werden Einzelheiten weitergezählt, brennende Augen starren in die Flammen, die aus den Gebäuden der „Anna 2“ schlagen. Und dann kommen mit schweren schlepplenden Schritten Männer, die tragen Bahnen, und die Bahnläufer bergen das Grauen. Wortlos machte die Menge Platz und bildet Spalten, und gräht schweigend die toten Kameraden, die vorüber getragen werden. —

Spenden für die Opfer von Alsdorf.

Berlin. (Funkpruch.) Anlaßlich des Grubenunglücks auf Grube Anna II in Alsdorf nimmt, wie in früheren ähnlichen Fällen, die Reichsgesellschaft der deutschen Rotkrieger, Berlin, 8, Wilhelmstraße 22, im Einverständnis mit den zuständigen Behörden für die Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Bergleute und für die Verletzten Spenden entgegen.

Die Einzahlung von Spenden wird erbeten auf das Postkonto Berlin 158 000 oder auf Konto Deutsche Rotkrieger-Gesellschaft Anna II in Alsdorf bei der Zentrale der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Berlin.

Reich und Preußen stiften je 150 000 Mark.

Berlin. (Funkpruch.) Zur Bänderung der Not, die durch das wachsende Bergwerksunglück entstanden ist, haben die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung je 150 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt.

231 Tote bei dem furchtbaren Bergwerksunglück in Alsdorf.

Berlin (Funkpruch). Nach den bis 12,15 Uhr bei den Berliner Zentralbehörden des Bergbaues vorliegenden Zahlen sind bisher in Alsdorf 170 Tote zu Tage gebracht worden. Unter Tage befinden sich noch 61 Tote, sodaß jetzt im ganzen 231 Tote festgestellt sind, 96 Verletzte liegen in den Krankenhäusern. Der Unfallauschuß der Gruben sicherheitskommission Bonn, der heute früh zusammengetreten ist, ist um 11 Uhr in den Unglücksschacht eingefahren. Nach seinen Untersuchungen an Ort und Stelle, die wahrscheinlich erst im Laufe des Nachmittags abgeschlossen sein werden, wird der Unfallauschuß seine Verhandlungen fortsetzen.

Aussprache mit Schacht über die Reparationsfrage.

New York. (Teleunion.) Auf einem Feste der Foreign Policy Association fand eine bemerkenswerte Aussprache zwischen Dr. Schacht und dem ehemaligen Mitglied der Reparationskommission, John Foster Dulles über den Youngplan und seine Beziehung zur Weltwirtschaft. 700 Mitglieder und Freunde der einflussreichen Vereinigung, darunter hervorragende Vertreter des amerikanischen Finanzwesens und der Industrie sowie Millionen Kundstuhler folgten der Aussprache.

Dulles versuchte, die Reparationsfrage möglichst objektiv zu behandeln und gab zu, daß die Pariser Konferenz die moralische Grundlage der Reparationsfrage völlig außer acht gelassen habe. Die Alliierten hätten nicht die Wiederanerkennung der Kriegsschulden, sondern die Übertragung der eigenen Schuldzahlungen auf die Schultern Deutschlands im Auge gehabt. Deutschland sei abgerückt, seine Nachbarn dagegen hätten die Rückzugspolitik trotz des in Versailles festlich gegebenen Versprechens fortgesetzt. Angesichts dieser Tatsachen sei das Ergebnis der Reichstagswahlen verständlich, vielleicht sei es sogar unvermeidlich gewesen. Andererseits glaubte Dulles auf eine gewisse Geldverschwendung in Deutschland hinweisen zu müssen, so daß ein großer Teil der jetzigen Schwierigkeiten selbst verschuldet sei. Bestimmungs sei jedoch ungerade, da eine mutige und kluge Führerschaft Wunder wirken könne. Trotz der starken Propaganda der nationalsozialistischen Minderheit halte er es für unmöglich, daß Deutschland mutwillig die Reparationszahlungen einstellen werde. Deutschland müsse durch Selbstvertrauen und seine Fähigkeiten im Auslande Vertrauen erwecken.

Schacht stellte den optimistischen Ausführungen Dulles über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nackte und klare Zahlen des deutschen Gläubigers entgegen. Gewiß habe die deutsche Wirtschaft einen beachtlichen Aufschwung genommen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß Deutschland die Reparationszahlungen, den Einfuhrüberschuß und den Zinsen-

dienst für die im Auslande aufgenommenen Kredite lediglich aus Anleihen befrichten habe. Dieser Zustand könne unmöglich lange dauern. Der jetzige Einfuhrüberschuß sei das Ergebnis der Verminderung der Einfuhr. Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, müsse Deutschland 5 Milliarden Goldmark jährlich aus Ausfuhrüberschüssen aufbringen. Eine derartige Steigerung des deutschen Anteils am Weltmarkt sei jedoch unmöglich, da die anderen Länder sich dagegen sträubten, daß Deutschland sie von den Absatzmärkten ausschalte. Die Reparationsfrage sei keine rein deutsche, sondern eine internationale Angelegenheit. Alle Völker müßten an der Lösung mitarbeiten. Dadurch könne auch eine der Hauptursachen der Depression der Weltwirtschaft beseitigt werden.

Ebenso wie er sich vorstellen könne, daß irgendeine deutsche Regierung die entsprechenden Folgerungen aus der Lage ziehe, wenn andere Länder nicht abrückten, sei es durchaus möglich, daß Deutschland eines Tages erkläre: Wir können die Reparationszahlungen nicht weiter führen. Sicherlich aber gebe es einen Ausweg ohne neue Reparationskrisis. Wenn die interessierten Mächte z. B. es nach vorheriger Fühlungnahme für zweckmäßig hielten, den durch den Youngplan eingeschrittenen künftigen beratenden Ausschuss zusammenzutreten zu lassen, könne eine Lösung ohne die Verhängung des Moratoriums gefunden werden. Die Welt brauche keine revolutionären Gewaltakte Deutschlands zu fürchten, ebensowenig wie eine Gefährdung der deutschen Anleihen. Der Erfolg Hitlers stelle einen Protest der Massen im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte dar. Die Nationalsozialisten hätten der Welt ein Warnungsschild gegeben, weil sie die Selbstachtung bewahren und nicht unerschrocken werden wollen.

Langanhaltender Beifall bewies, welche nachhaltigen Eindruck Schachts Ausführungen überall in Amerika hinterlassen. Dieser verständnisvolle Widerhall dürfte zweifellos der größte Gewinn seiner Amerikareise sein.

Der Reichslandbund an den Reichsfinanzminister.

* Berlin. Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichsfinanzminister am 20. Oktober d. J. folgendes Schreiben gerichtet:

Mit unserem Schreiben Nr. 4867 vom 24. Juli d. J. hatten wir den Herrn Reichsfinanzminister gebeten, die zur Rettung der Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen Angesichts der Tatsache, daß der Reichstag aufgelöst worden war, im Wege von Notverordnungen durchzuführen, da die Lage der Landwirtschaft einen weiteren Aufschub nicht vertragen könne. In unserem Bedauern ist der von uns damals angebotene Plan vom Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung nicht berücksichtigt worden. Die Folge ist die offensichtliche weitere Verschärfung der Notlage der gesamten deutschen Landwirtschaft. Der Landwirt hat inzwischen in weitem Umfange Produkte zu Schleuderpreisen verkaufen müssen. Von den hinter der Reichsregierung stehenden Parteien ist nun soeben die Verlegung des Reichstages bis Anfang Dezember beschlossen worden, so daß auf normalem gesetzgeberischem Wege bis dahin wiederum nichts geschehen kann. Weiter steht völlig dahin, ob denn im Dezember d. J. der Reichstag gewählt und beschloß ist, den Schluß des Abzuges landwirtschaftlicher Produkte zu auskömmlichen Preisen durchzuführen. Es besteht die dringende

Befürchtung, daß die diesjährige Ernte, die jetzt schon zum großen Teile für die Landwirtschaft als Verlustgeschäft anzusehen ist, in vollem Umfange verloren sein wird. Die Folge des nochmaligen Verlustes einer Ernte glauben wir, der Reichsregierung hier im einzelnen nicht mehr vor Augen führen zu brauchen. Sie dürfte nicht nur in einem Zusammenbruch der Landwirtschaft, sondern auch in einer Gefährdung des Staates und der öffentlichen Ruhe und Ordnung letzten Endes bestehen. Die Berechtigung, Abhilfemaßnahmen hiergegen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen, ist unserer Erachtens mindestens ebenso gegeben, wie sie die Reichsregierung im Juli dieses Jahres für diese oder jene Steuererhöhung als gegeben angesehen hat.

Der Reichslandbund richtet daher nochmals an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, dem Herrn Reichspräsidenten alle zur Rettung der Landwirtschaft erforderlichen Vorschläge, die wir erst kürzlich erneut der Reichsregierung übermitteln haben, zwecks Erlasses einer Notverordnung zu unterbreiten. Die Lage der Landwirtschaft hat sich derartig angefüllt, daß sofortiges Handeln geboten und jedes weitere Wagnis zu einer ersten Gefahr für das ganze deutsche Volk werden muß.

Demonstrationsverbot in Baden.

* Berlin. Wegen der wiederholten schweren Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Karlsruhe, bei denen mehrere Personen schwer verletzt wurden, hat der badische Minister des Innern, der Völkische Zeitung zufolge, auf Grund des Artikels 123, Absatz 2, der Reichsverfassung für das Land Baden alle Zusammenkünfte

und Versammlungen unter freiem Himmel (Umzüge und Rundgedenken auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten. In der Anordnung des Ministers wird betont, daß notfalls eine Ausdehnung des Verbots auch auf öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen erfolgen müsse. Die für Mittwoch in Karlsruhe geplante nationalsozialistische Versammlung ist bereits von der Polizeidirektion Karlsruhe verboten worden.